

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1912

266 (28.9.1912) 2. Blatt

Volkswirtschaftliche Beilage.

Interessante Zahlen aus der Bevölkerungsbewegung in Baden seit 1817.

Das statistische Jahrbuch für das Großherzogtum Baden gibt nach den Auszügen aus den Standsregistern einen interessanten Überblick über die Bevölkerungsbewegung im Großherzogtum seit dem Jahre 1817. Diese Darstellung gewinnt unsere besondere Aufmerksamkeit in der jetzigen Zeit, da über den Geburtenrückgang so viel diskutiert und debattiert wird. Im Jahre 1817 wurden in Baden 35 418 Lebendgeborene gezählt. Diese Zahl steigt nun mit ganz wenigen Unterbrechungen allmählich an und erreicht im Jahre 1888 51 159. Auch in den kommenden Jahren ist ein stetiges Wachsen der Geburten zu erwarten, immerhin aber erscheinen das zwischenwieder Jahre, wo die Geburtenzahl plötzlich zurückgeht, manchmal sogar um einige Tausende. Während so 1846 eine Höhe von 53 000 erreicht wird, geht die Zahl der Geborenen im darauffolgenden Jahre auf 48 678 zurück. In den nächsten 4 Jahren werden zwar die 50 000 wieder überschritten, im Jahre 1852 sind es hingegen wieder nur 45 353, im folgenden 44 484, im nächsten 42 207, und 1855 geht die Zahl sogar auf 39 450 zurück. Dann tritt ein allmähliches Anwachsen der Geburtenzahl ein, die 1872 60 600 erreicht. Nach diesem Zeitpunkt ergibt sich ein ähnliches Bild des Rückgangs und wir erleben, daß 1885 wieder nur 54 167 und 1890 gar 53 152 gezählt werden. Abermals steigt von diesem Jahre die Zahl der Geburten und erreicht 1908 die Höchstzahl mit 69 058 Geburten. Dann tritt abermals der Rückgang ein und zwar werden 1909 66 719 und 1910 64 919 Geburten gezählt.

Ein nicht weniger interessantes Bild erhält man bei Vergleich der Eheschließungen in den einzelnen Jahren. Im Jahre 1817 wurden 6669 Eheschließungen verzeichnet, 1827 sind es schon 8234. Die Zahl geht nun in den nächsten zwei Jahren wieder zurück, steigt aber dann ununterbrochen bis 1839, in welchem Jahre 10 039 Eheschließungen verzeichnet werden. In den nächsten 7 Jahren treten einige kleine Schwankungen auf und von 1848 geben die Eheschließungen ständig zurück, bis sie 1854 eine niedere Zahl erreichen, wie im Jahre 1817, nämlich nur 6513. Dann beginnt ein erneutes Anwachsen. 1864 werden 13 116 Ehen geschlossen und während ihre Zahl in den nächstfolgenden Zeiträumen teils etwas steigt, teils etwas fällt, geht sie 1870 auf 10 607 zurück. Der deutsch-französische Krieg mag hierbei eine nicht geringe Rolle spielen, obgleich wir später im Jahre 1881 abermals erleben, daß, nachdem in den 10 Jahren zuvor die Eheschließungen wieder angefangen sind, die Zahl auf 10 028 zurückgeht. Von diesem Zeitpunkt ab ist wiederum durchschnittliche Steigerung zu beobachten bis im Jahre 1907, wo 16 661 Ehen geschlossen werden. Jetzt sinkt die Zahl wieder, denn 1908 sind es 15 765, 1909 15 426 und 1910 15 288 Eheschließungen.

Die Statistik der Ehescheidungen wird seit 1866 geführt. In diesem Jahre wurden 33 Ehen getrennt. Im Jahre 1885 überschreiten die Ehescheidungen die Zahl 100, im Jahre 1897 die Zahl 200, 1907 werden bereits 323 Ehescheidungen und 1910 sogar 422 verzeichnet.

Kommunalpolitisches aus Freiburg.

Dr. E. Dem Bürgerausschuß sind in der letzten Woche mehrere stadttraktliche Vorlagen zugegangen, über welche er am 3. Oktober d. J. zu beschließen haben wird. Den wichtigsten Gegenstand der Tagesordnung bildet die Erbauung neuer klinischer Krankenhäuser in hiesiger Stadt, welche an die städtischen Finanzen nicht unbedeutende Anforderungen stellt. Die Errichtung dieser Anstalten erfolgt als Gemeinschaftsunternehmen des Staates, der Stadt und der drei großen Krankenhaus-Stiftungen (Ursprüngliche, Benzinger- und Eckstiftung). Folgende Bauten sollen auf dem von diesen Unternehmen von der Heiliggeiststiftung zu erwerbenden, zwischen Sughelster- und Heiliggeiststraße, Breisacher- und Güterbahn gelegenen und etwa 133 835 Quadratmeter umfassenden Gelände, das zum Vorzugspreis von 10 M. pro Quadratmeter abgegeben wird, erstellt werden: eine medizinische, chirurgische, dermatologische, laryngologische, ologische und eine Kinderklinik. Die Erbauung der medizinischen Klinik mit den nötigen Verwaltungs- und Wirtschaftsgebäuden soll baldmöglichst in Angriff genommen werden, da das städtische Krankenhaus schon lange nicht mehr den Anforderungen entspricht, welche heute die Bedürfnisse der Stadt und vor allem der rasch anwachsenden Universität bedingen. Die Bestimmung des Zeitpunktes der Errichtung der übrigen Kliniken soll späterer Vereinbarung zwischen Unterrichtsverwaltung und Stadt vorbehalten bleiben. Die Stadt übernimmt die Aufstellung und Ausarbeitung der Pläne und der ausführlichen Kostenschätzungen sowie die gesamte Bauausführung der medizinischen Klinik bis zur Fertigstellung. Zu den Baukosten derselben haben die drei Hauptstiftungen einen Zuschuß zu leisten, der sich einschließlich des von ihnen zu tragenden Drittels der Grunderwerbskosten auf 1 100 000 M. beziffert. Die übrigen Baukosten einschließlich der Einrichtungskosten werden von Staat und Stadt je hälftig getragen. Der Gesamtaufwand für den Bauplatz für alle 6 Anstalten (Kaufpreis 1 338 350 M.) und für die Erstellung der medizinischen Klinik (Bausumme mindestens 2,2 Millionen M.) stellt sich auf 3,5 bis 4 Millionen M., wovon rund 2,4 Millionen auf die Stadt und der Rest auf Staat und Stiftungen entfallen. Für die weiteren im Verlaufe von 10 bis 15 Jahren in Aussicht genommenen Krankenhausbauten sind die Baukosten auf 6 bis 7 Millionen M. veranschlagt. Der zwischen den beteiligten Faktoren abgeschlossene, der Genehmigung des Bürgerausschusses unterliegende Vertrag enthält ferner Bestimmungen über

die Miteigentumsfrage, die Aufwandsverteilung, Rechnungsführung und Verwaltung. Von etwa erforderlichen Betriebszuschüssen werden 2 Fünftel vom Staat und 3 Fünftel von der Stadt getragen. Für die wissenschaftlichen Bedürfnisse der Kliniken werden die notwendigen Aversen vom Staate weitergewährt. Der Vertrag ist das Ergebnis eines verständnisvollen und wohlwollenden Zusammenwirkens von Staat und Stadt. Die letztere erhält mit der Zeit einen Kranz von wertvollen, in jeder Beziehung auf der Höhe stehenden medizinischen Anstalten, welche der Universität auch in Zukunft ein geachtetes Weiterblühen garantieren. Im Bau und in der Verwaltung hat die Stadt in maßgebender Weise mitzusprechen und kann dadurch am wirksamsten ihre Interessen wahren. Das Innere der Stadt, insbesondere die untere Kaiserstraße und deren Umgebung erhalten durch den Klinikneubau den alten Wunsch nach Verlegung der Krankenhäuser an die Peripherie der Stadt erfüllt. Auch bei der Festlegung der Tagesverpflegungssätze für die Benützung der Krankenanstalten steht der Stadt ein weitgehendes Mitwirkungsrecht zu, was namentlich für den mittleren und kleinen Mann, sowie die Krankenkassen von nicht unerheblicher Bedeutung ist. Die weiteren Punkte der Tagesordnung betreffen den Verkauf eines etwa 390 Quadratmeter großen Geländestreifens an der Johannerstraße an die Universität für den Erweiterungsbau des hygienischen Instituts zum Preise von 30 M. pro Quadratmeter sowie die Vornahme von baulichen Änderungen im städtischen Schlachthof mit einem Kostenaufwand von 18 400 M. (Erweiterung der Schweineschlachthalle, Erstellung eines direkten Überführungsteges in Eisenkonstruktion von der Viehverboderrampe am Hauptbahnhof über die Schwenkstraße nach der Schweineschlachthalle an Stelle des jetzt nicht durchführbaren Gleisanschlusses usw.). Schließlich beantragt der Stadtrat noch im Hinblick auf die anhaltend große Geldknappheit und den andauernden, durch die Abwanderung der Einwohner bedingten Geldabfluß die Erhöhung des Einlagezinsfußes der städtischen Sparkasse von 3 1/2 auf 4 Prozent mit Wirkung vom 1. Januar 1913 an. Der Hypothekenzinsfuß soll dagegen mit Rücksicht auf die nicht gerade günstige Lage des Grundstücksmarktes nur von 4 1/2 auf 4 1/2 Prozent erhöht werden, so daß die Spannung zwischen Einlage- und Hypothekenzinsfuß gegenüber dem gegenwärtigen Verhältnis um 1/4 Prozent verringert wird.

Kann man die Neben vor Kälte schützen.

Die für unseren Neubau wichtige Frage: „Kann man die Neben gegen Kälte schützen?“ behandelt Ökonomierat Vincenz Mühlheim im Landwirtschaftlichen Wochenblatt in folgenden Ausführungen:

Die verhängnisvolle, kalte Winternacht vom 3. auf den 4. Februar hat einen ungeheuren großen Teil des 1912er Herbstes zerstört, hauptsächlich in den unteren und frühen Lagen. Glücklicherweise schützten die Winger, welche einem alten Herkommen gemäß ihre Neben vor Winter bedeckt hatten. Leider waren es verhältnismäßig wenige in der Gegend von Basel, Gallingen, Eimeldingen, Fisingen. Die alte Gewohnheit hat sich ausgezeichnet bewährt. Die mit Erde bedeckten Neben stehen schön und haben vielversprechenden Anlauf, die angrenzenden ungedeckten Neben sind erfroren und die trieben nur fruchtlose Bodenausschläge. Es ist ein Bild, das sich allen Beschauern scharf einprägt: lassen wir es als gute Lehre wirken. Nachträglich haben Blattfallkrankheit und Äscherich furchbar gewirkt.

Die deutlich sichtbaren Erfolge des Nebendeckens dürfen wir nicht unbeachtet lassen, wenn wir uns nicht den Vorwurf unverbesserlicher Gleichgültigkeit zuziehen wollen. Bedenken, daß man die Neben durch das Decken mit Erde etwas verweicht, vermögen gegen die Vorteile nicht aufzukommen. Mehr ins Gewicht fallen Bedenken der Geschäftsüberhäufung; aber auch diese vermindern sich sehr, wenn man erwägt, daß das Deckverfahren nur bei den Neben der gefährlichen Liefslagen in Betracht kommt und daß die Arbeit nicht so groß ist, wie man meistens annimmt. Zwei Personen können in einem halben Tag 4-5 Ae decken. Die Nebsteden können stehen bleiben, um so mehr, wenn sie gut begrünt sind. Auf die Neben wird nur so viel Erde gebracht, daß sie gut bedeckt und beschwert erscheinen. Auch der Einwand, daß die Neben beim Hinunterbiegen leicht abbrechen, läßt sich nicht aufrecht erhalten. Das Umbiegen kann nur bei jungen und solchen Neben gemacht werden, welche daran gewöhnt sind; außerdem darf es nicht an der nötigen Sorgfalt fehlen. Zweifelhafte Stoderrückstände in genannter Gegend trägt ebenfalls zur Verminderung des Risikos bei. Bei diesem Geschäft findet gleichzeitig die so nützliche Bearbeitung des Bodens vor Winter statt. Dadurch, daß die Arbeit des Eindeckens nur bei jüngeren Neben in Angriff genommen werden darf, ergibt sich von selbst eine verlässliche und allmähliche Einführung dieses Verfahrens in den durch Winterfroht am meisten gefährdeten Lagen.

Weit mehr zu leiden haben unsere Neben in der Regel durch Frühjahrsfröste im April und Mai. Sehr zu begrüßen ist deshalb die Wiederaufnahme von Mäucherungsversuchen im Bezirk Mühlheim. Die Gemeinde Laufen mit ihrem tatkräftigen, weitblickenden Bürgermeister an der Spitze, hat es in diesem Frühjahr unternommen, mit beweglichen Feuer nach Solmarer Muster zu räuchern. Die Frostwehr tritt in Tätigkeit, wenn die Temperatur nahe beim Gefrierpunkt angekommen ist. Aber die Erfolge läßt sich natürlich erst in einigen Jahren ein abschließendes Urteil geben, zumal mit der Mäucherung spät begonnen worden ist. Nebenfalls verspricht Mäucherung, in geeigneter Weise ausgeführt, noch am meisten Erfolg, wenn es sich um Verminderung der Frostgefahr im Frühjahr handelt. Misserfolge sind sehr oft auf Mangel an Erfahrung zurückzuführen. Wo man wegen der Kosten die Ausführung von Versuchen scheut, wird es nicht allzu schwierig sein, öffentliche Mittel hierfür flüssig zu machen, vor-

ausgesetzt, daß zugleich der Allgemeinheit damit ein Dienst geleistet wird.

Wenn man sich nicht dazu entschließen kann oder wenn man davon absehen muß, Neben frostgefährdeter Lagen einen besonderen Schutz angedeihen zu lassen, drängt sich die Frage auf: „Wäre es in diesem Fall nicht vorteilhafter, zu einer andern Kulturart überzugehen, welche von Frost weniger zu leiden hat und die Kosten des Bauers, der Düngung und sonstigen Pflege besser lohnt? Als Ersatz dürften in erster Reihe mehrere Anlagen wenig empfindlicher, später Obstsorten in Betracht kommen.“

Volkswirtschaftliche Literatur.

Rassenhygiene und Volksgeundheit. Die solide „Arbeit von Havelock Ellis „Rassenhygiene und Volksgeundheit“ ist unter Mitwirkung von Dr. Hans Kurella ins Deutsche übertragen worden. (Würzburg, Verlag von Curt Stabitzsch.) Gründliche Vielseitigkeit ist das Kennzeichen der Arbeit; doch gibt der Trieb sozialer Hilfe dem Werke eine einheitliche Färbung: Gesichtspunkte wie die von Plato, Rabelais, Campanella, More leiten hier: „An ihrem einen Pole kann die Sozialhygiene lediglich als verbesserte Medizinalpolizei betrachtet werden, an ihrem anderen Pole erscheint sie fast im Lichte einer neuen freien Religion“; denn mitzuwirken an der Befreiung der Menschheit von Krieg, Verbrechen, Krankheiten, ist ihr Ziel. Entsprechend dieser umfassenden Aufgabe finden wir Kapitel über Individualismus und Sozialismus, die Bedeutung der sinkenden Geburtsziffer, die Entwicklung der Frauenfrage, die Frauenbewegung, die romantische Liebe, die Stellung der Rassenhygiene zur Liebe, das Problem der Sexualhygiene in der Erziehung, Religion und Erziehung des Kindes, Sittlichkeit und Sittengesetze, die Bohnung als Milieu und Selektionsfaktor, die Internationale Sprache, Kampf gegen den Krieg, Namen- und Sachregister erleichtern die Orientierung. W.

Die Konvention der Rheinschleppfirmen gefeiert. Mitte vorigen Monats haben sich nach Überwindung erheblicher Schwierigkeiten fast alle größeren Schleppfirmen zu einer Konvention zusammengefunden zur Erhöhung der verlustbringenden Schlepppreise, welche auf das Überangebot an Schleppkräften auf dem Rhein zurückzuführen sind. Der Verband wurde vorläufig bis zum 1. Oktober dieses Jahres abgeschlossen. Man mußte ihn bis zu diesem Zeitpunkt endgültig unter Dach und Fach bringen. Wie man die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ aus zuverlässiger Quelle mitteilt, scheinen die im Gange befindlichen Verhandlungen zu scheitern, weil vor allem die Harpen-, Berg- und Hütenaktiengesellschaft-Abteilung Schiffahrt, Mühlheim a. d. Ruhr den Beitritt zur Konvention abgelehnt hat. Dies wird in den Kreisen der Beteiligten um so mehr bedauert, als endlich einmal eine Einigung zwischen den ober- und niederrheinischen Schleppschiffern erzielt war.

Wforzheim, 26. Sept. Die nächste Bürgerausschussitzung wird sich mit einer Reihe wichtiger und kostspieliger Vorlagen zu beschäftigen haben. Für den Schlachthofneubau soll ein Betrag von 617 150 M. aus Anlehensmitteln zur Verfügung gestellt werden. Der Antrag des Stadtrats verbreitet sich über das vom Hochbauamt bearbeitete Neubauprojekt für einen Vieh- und Schlachthof eingehend. Die genannte Summe ist für die Ausführung der Erd-, Pflaster-, Kanalisations- und Fundamentarbeiten in Anspruch gebracht. Die Erweiterung des Schulgebäudes im Stadtteil Brödingen macht einen Aufwand von 563 000 M. notwendig. Die Gesamtkosten des Neubaus betragen einschließlich Inventar und Lehrmittel 524 600 M., die Umbaukosten des alten Hauses 38 400 M. Neben den Schulhausbaukosten bringt die Erweiterung der Brödingener Schule auch vermehrte Ausgaben für Lehrergehälter mit sich, die jährlich über 20 000 M. betragen werden. Der Bürgerausschuß hat sich dann weiter zu beschäftigen mit Satzungsänderungen der städt. Sparkasse und mit einer Vorlage über die Gewährung einer Dotation an den früheren Theaterdirektor Reuß in Höhe von 5000 M. in Anerkennung seiner bisherigen Verdienste um das Theaterwesen in Wforzheim.

Baden-Baden, 25. Sept. Das bekannte hiesige Bankhaus J. C. Joergler, dessen Besitzer der Bankier A. Müller ist, hat seine Zahlungen eingestellt. Das Geschäft wurde geschlossen und sein Inhaber vorläufig in Haft genommen, weil der Verdacht besteht, daß er ihm anvertraute Depositen angegriffen hat. Wie man hört sollen viele mittlere und kleinere Geschäftsleute Geldbeträge dem Bankhause in Verwaltung gegeben haben. Wie die „N. Bad. Landesztg.“ mitteilt, soll der Wforzheimer Bankverein in Wforzheim mit etwa 450 000 M. bei der Badener Firma hauptbeteiligt sein. Den Passiven in Höhe von 2 Millionen Mark stehen Aktiva im Werte von 100 000 M. entgegen, die aber mit 120 000 M. belastet sind. Der Wforzheimer Bankverein erklärt dazu, daß seine Beteiligung bei der Badener Bankfirma nicht 450 000 M., sondern 225 000 M. betrage und die in seinen Händen befindliche Deckung so reichlich sei, daß er mit einem nennenswerten Ausfall nicht zu rechnen habe. Wie weiter berichtet wird, sind sämtliche Depots angegriffen oder teilweise sogar aufgebraucht. Zahlreiche gutsituierte und

